

4080 / Rü-5615 / 5

Aktenzeichen: .....

Bremen, den 12. JULI 1961

Melkenstraße 1

Fernruf: 361 2064

Fernschreiber: 024 4804 senat bremen

Fo./vL.

## B e s c h l u s s

In der Rückerstattungssache

der Frau Anneliese P o s e n , geb. Goldmeier, geb. 12. 4. 1916  
in Frankfurt a.M., wohnhaft 24, Tavistock Ave., Mapperley Park,  
Nottingham/England,

- Antragstellerin

Verfahrensbevollmächtigter: Herr A. W e r t h e i m , 159 Green  
Lanes, London N 16, England,

g e g e n

das Deutsche Reich,

Antragsgegner -

dieses gemäss § 9 BRüG vertreten durch den Bundesminister der  
Finanzen, Bonn, dieser vertreten durch die Oberfinanzdirektion  
Bremen, Bundesvermögens- und Bauabteilung,

erlässt das Landesamt für Wiedergutmachung Bremen folgenden Be-  
schluss:

1. Der Antragsgegner hat an die Antragstellerin  
für entzogenes Umzugsgut den Betrag von DM 22.000,--  
(in Worten: Zweiundzwanzigtausend Deutsche Mark)  
zu zahlen.
2. Die Realisierung dieser Schadensersatzforderung  
regelt sich nach den Vorschriften des Bundesge-  
setzes zur Regelung der rückerstattungsrechtli-  
chen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reiches  
und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrücker-  
stattungsgesetz - BRüG) vom 19. Juli 1957.
3. Diese Entscheidung ergeht kostenfrei. Jede Partei  
hat ihre eigenen Kosten zu tragen.

Gegen diesen Beschluss können die Beteiligten binnen eines Monats  
und, sofern sie ihren Wohnsitz im Ausland haben, binnen 3 Monaten  
die Entscheidung der Wiedergutmachungskammer beim Landgericht  
Bremen durch Einspruch zum Landesamt für Wiedergutmachung Bremen  
anrufen. Diese Frist beginnt mit der Zustellung dieses Beschlus-  
ses (Art. 64 MRG 59).



Ein Einspruch hat somit beim Landesamt für Wiedergutmachung  
Bremen zu erfolgen.

G r ü n d e :

Mit ihrer auf Grund des BRüG gemachten Anmeldung vom 16. März 1959 fordert die Antragstellerin Schadensersatz für das ihr durch das Deutsche Reich entzogene Umzugsgut. Der Antrag ist form- und fristgerecht gestellt. Die Zuständigkeit des Landesamtes für Wiedergutmachung Bremen ergibt sich daraus, dass die Vermögenswerte im Lande Bremen entzogen worden sind.

Zum Nachweis der Entziehung des Umzugsgutes wird auf das Schreiben der Kosmos, Transport- und Lagerhausgesellschaft m.b.H., Frankfurt a.M., und der Transatlantica, Rotterdam, verwiesen, wonach das Umzugsgut in Bremen entzogen und versteigert wurde und der Erlös zu Gunsten des Deutschen Reiches verwertet worden ist.

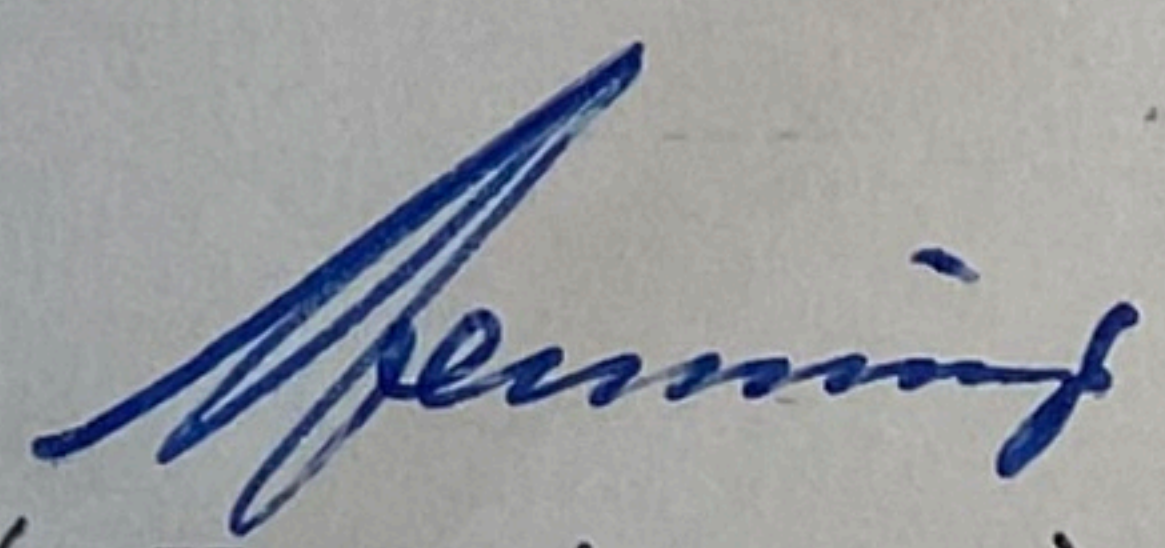
Die Oberfinanzdirektion Bremen, die durch den Bundesminister der Finanzen mit Verfügung vom 19.8.1957 - V B/4 - O 1480 - 269/57 - träger in Verfahren über rückerstattungsrechtliche Ansprüche (§§ 1 und 3 BRüG) bestimmt worden ist, hat mit Schreiben vom 3. 5. 1961 den Anspruch dem Grunde nach anerkannt und für das entzogene Umzugsgut eine Schadensersatzforderung von DM 22.000,-- vorgeschlagen.

Die Antragstellerin hat sich mit Schreiben ihres Bevollmächtigten, welches am 9. Juni 1961 eingegangen ist, mit dem Vorgeleichsvorschlag der Oberfinanzdirektion Bremen einverstanden erklärt und der Festsetzung ihrer Schadensersatzforderung in der vorgenannten Höhe zugestimmt.

Da nach § 27 Abs. 4 BRüG für die Durchführung des Verfahrens die Rechtsvorschriften zur Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände (US-Militärregierungsgesetz Nr. 59 in der bei Inkrafttreten des BRüG geltenden Form und seine Durchführungsbestimmungen) Anwendung finden, war dem Antrag auf Schadensersatzleistung gemäss Art. 62 Ziffer 1 des MRG 59 stattzugeben und für die Antragstellerin eine Schadensersatzforderung gegen das Deutsche Reich in Höhe von DM 22.000,-- festzustellen.

Die Realisierung dieser Forderung regelt sich nach den Vorschriften des 5. Abschnittes, 1. und 2. Titel (§§ 31 - 43) des Bundesrückerstattungsgesetzes.

Die Kostenentscheidung ergibt sich aus Art. 72 MRG 59 in der Fassung des Gesetzes Nr. 14 (9. Änderung des MRG 59) vom 15.11.1950 (ABlHK 682/1950).

  
( Hennings )  
Oberregierungsrat